



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Montag, 21. März 2011

Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Februar informieren.

Lassen Sie mich allerdings am Anfang kurz innehalten und nun – Mitte März 2011 – feststellen, dass sich **unsere Welt binnen weniger Tage dramatisch ändern** kann. Dies zeigt die Auflehnung in vielen nordafrikanischen Staaten gegen ihre langjährigen Machthaber, dies zeigt hier insbesondere das kompromisslose und verbrecherische Vorgehen des libyschen Diktators gegen seine eigenen Bürgerinnen und Bürger, dies zeigt aber auch und vor allem die dreifache Naturkatastrophe, die Japan heimgesucht hat – mit einem verheerenden Erdbeben, einem gewaltigen Tsunami und der drohenden nuklearen Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima.

Die **Situation in Japan** hat auch die Diskussion der CSU-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche bestimmt. Dreieinhalb Stunden lang haben wir sehr intensiv darüber diskutiert, ob und welche Konsequenzen wir in Bayern aus dem drohenden Super-GAU in Japan ziehen müssen. Schließlich ist Japan – wie Bayern – ein hochtechnisiertes Land, man wähte sich für alle Eventualitäten gerüstet. Falsch wäre es, nun das Kind mit dem Bade auszuschütten. Denn wir haben in Bayern nun einmal mit die sichersten Atomkraftwerke weltweit. Zudem könnten wir den Ausfall unserer Atomkraftwerke nicht von jetzt auf gleich kompensieren – es sei denn durch den Zukauf von Atomstrom aus Tschechien (Temelin) oder Frankreich, dann aber ohne die Wertschöpfung, ohne die Möglichkeit der Überwachung der Sicherheitsstandards und mit derselben nuklearen Bedrohung, da eine eventuelle radioaktive Wolke nicht an Ländergrenzen haltmachen würde. Für die Energiepolitik braucht es also eine europäische Lösung. Die aktuelle Situation unterstreicht aber eindrucksvoll, was schon seit Jahren Fundamentalsatz unserer Politik ist, nämlich dass Atomkraft keine Zukunft hat, sondern nur Brückentechnologie für den Umstieg in regenerative Energien ist. Bisher haben wir hier vor allem mit der ungelösten Endlagerfrage argumentiert. Nun sind wir auch eindringlich auf das Risiko eines atomaren Unfalls und seine unabsehbaren Folgen hingewiesen worden. Es ist deshalb richtig, dass die Sicherheit unserer Kraftwerke immer wieder überprüft wird – sie werden ja auch ständig nachgerüstet. Auch das älteste bayerische Atomkraftwerk – Isar I – ist solide geschützt, auch gegen den Absturz mittelgroßer Verkehrsflugzeuge. Nur beim Absturz großer Verkehrsflugzeuge wie eines Jumbo-Jets oder eines Airbus A 340 bestehen

möglicherweise Risiken. Dass dieser Fall überaus unwahrscheinlich ist, mag richtig sein – dies galt aber bis zur letzten Woche auch für ein Erdbeben der Stärke 9,0 in Japan. Deshalb ist es richtig, dass Isar I für die Zeit dieser Überprüfung vom Netz genommen wurde. Auch ist richtig, dass es abgeschaltet bleibt, falls sich herausstellt, dass ein solcher maximaler Schutz nicht durch einen vertretbaren Aufwand hergestellt werden kann.

In der aktuell hitzigen Diskussion wird oft vergessen, dass Isar I auch nach den Ausstiegsplänen von Rot-Grün derzeit noch am Netz wäre. Es wäre demnach erst im Sommer 2011 heruntergefahren worden. Viele Diskutanten erwecken hier – bewusst oder unbewusst – aktuell einen gegenteiligen Eindruck.

Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Umstieg auf regenerative Energien auch und gerade ein Gebot im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels ist. Mehr als 50 Prozent des Stroms in Deutschland werden nämlich weiterhin durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe wie Steinkohle, Braunkohle, Öl und Gas produziert. Auch und gerade um diese Klimakiller abzulösen, müssen wir verstärkt auf Windkraft, Photovoltaik und auch aufs Energiesparen setzen.

Die **Regierungserklärung**, die **Umweltminister Dr. Markus Söder** am Folgetag im Bayerischen Landtag zu den Ereignissen in japanischen Kernkraftwerken und zu den Auswirkungen auf Bayern abgegeben hat, fasst die Diskussion der CSU-Landtagsfraktion recht gut zusammen. Ich erlaube mir deshalb, das Manuskript für diese Regierungserklärung diesem Newsletter beizulegen.

Ende Februar wurde uns Landtagsabgeordneten vom Bayerischen Innenministerium zudem – am Vorabend einer Pressekonferenz zur allgemeinen Vorstellung dieses Papiers – der **Entwurf für den 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern** zur Kenntnis gebracht. Für unseren Landkreis Dachau hat dieser Entwurf gleich mehrere Hiobsbotschaften enthalten. Insbesondere findet sich in der Dringlichkeitsstufe 1, die bis zum Jahr 2020 realisiert werden soll, keine einzige Staatsstraßenbaumaßnahme. Gerade für die Große Kreisstadt Dachau und für Hebertshausen ist diese Situation nicht hinnehmbar. Landrat Hansjörg Christmann, Oberbürgermeister Peter Bürgel und ich haben deshalb bereits Gespräche im Staatlichen Straßenbauamt geführt und werden uns in Kürze mit der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium zu Verhandlungen treffen. Mein entsprechendes Schreiben an den Chef der Obersten Baubehörde, das gleichlautend auch Herr Landrat Christmann und Herr Oberbürgermeister Bürgel abgesandt haben, gebe ich Ihnen/Euch beiliegend zur Kenntnis.

Dass es ein wichtiges Gebot ist, stets wachsam zu sein, hat aber nicht nur der Entwurf des 7. Ausbauplans deutlich gemacht, sondern auch der neue Fraktionsvorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Martin Runge, in seiner Antrittsrede. Am 10. Februar hat Runge im Plenum des Landtags ausdrücklich angekündigt, dass es Ziel **der Grünen-Landtagsfraktion ist, die zweite S-Bahn-Stammstrecke zu verhindern**. Damit schadet er offen und eklatant den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im gesamten Münchner Umland, die auf ein leistungsfähiges Öffentliches Nahverkehrssystem angewiesen sind. Hier stellen die Grünen einmal mehr Protest und Verhinderung über alles andere. Wie verletzlich und anfällig das Münchner S-Bahn-System ist, hat sich zuletzt während des Bahn-Warnstreiks gezeigt, als ein Lokführer seine S-Bahn einfach auf der Stammstrecke geparkt hat und ausgestiegen ist – mit der Folge, dass sämtliche S-Bahnen im gesamten Streckennetz betroffen waren. Diese Achillesferse zu beseitigen, ist ein Gebot der Stunde. Für die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Landkreis Dachau ist dies von vitalem Interesse.

Beim letzten Kreisbauerntag am 22. November 2010 in Ried, bei dem auch Bayerns Umweltminister Dr. Markus Söder zu Gast war, hatte das Thema „**Biber**“ und die durch ihn verursachten **Schäden** in der Diskussion eine bedeutende Rolle eingenommen. Noch im Eindruck dieser Diskussion hat mir Dr. Markus Söder nun mitgeteilt, dass der Biberausgleichsfonds für das laufende Jahr 2011 und die weiteren Jahre von 250.000 Euro um 100.000 Euro auf 350.000 Euro pro Jahr aufgestockt wird. Im vergangenen Jahr 2010 waren durch Biber bayernweit Schäden in Höhe von rund 370.000 Euro entstanden. Zu etwa 73 Prozent konnten sie – als freiwillige staatliche Leistung – durch den Ausgleichsfonds erstattet werden. Wenn die Schadenshöhe gleich bleibt, können Bi-

berschäden damit ab sofort nahezu vollständig ausgeglichen werden. Der Umweltminister weist in seinem Schreiben an mich noch darauf hin, dass der Biber nach europäischem und deutschem Naturschutzrecht streng geschützt sei, dass aber gleichwohl in Ausnahmefällen die Möglichkeit der Entnahme bestehe. Die Zuständigkeit für die Genehmigung einer Entnahme liege bei den Kreisverwaltungsbehörden, also den Landratsämtern und den kreisfreien Städten. Dass eine solche Genehmigung nun für Vierkirchen erteilt wurde, ist sicherlich geeignet, zur Entspannung der Situation beizutragen.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer Bernhard Seidenath
Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'B' followed by the name 'Seidenath'.

Bernhard Seidenath

Politik für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern konsequent fortsetzen

Die Reaktionen auf das **Gutachten des Zukunftsrats der Staatsregierung** und die öffentliche Diskussion darüber haben wir als CSU-Fraktion zum Anlass genommen, in einem **Dringlichkeitsantrag** noch einmal deutlich zu machen, dass wir unsere **seit Jahrzehnten erfolgreiche Politik für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern konsequent fortsetzen** wollen und werden.

Um das verfassungsrechtlich verankerte **Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen Bayerns**, zu erreichen, werden wir weiterhin **alles tun**, um unsere **ländlichen Räume wettbewerbsfähig und lebenswert zu erhalten**.

Bayern liegt bei der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der Arbeitsplatzsituation und beim Wohlstand seiner Bürgerinnen und Bürger auch deshalb **im Ländervergleich ganz vorn**, weil wir über Jahrzehnte **gerade strukturschwache Regionen gezielt gefördert** haben.

Wir halten deshalb am **Vorrangprinzip für den ländlichen Raum** fest. Zu einer zukunftsorientierten Politik für den ländlichen Raum gehören wie bisher die bestmögliche **Förderung der regionalen Wirtschaft** und eine **aktive Ansiedlungspolitik** insbesondere in den strukturschwachen Teilen Bayerns, der **Ausbau einer leistungsfähigen Energie, Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur**, eine **optimale Versorgung** mit Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie mit sozialen, medizinischen und kulturellen Einrichtungen.

Damit werden wir es schaffen, einen **vitalen und konkurrenzfähigen ländlichen Raum zu erhalten** und das **Gleichgewicht zwischen Stadt und Land** zu wahren.

Diese für die erfolgreiche Entwicklung Bayerns **zentrale Herausforderung** wird auch der **Schwerpunkt** unserer politischen Arbeit **in den nächsten Monaten** sein.

DAX-Konzern MAN muss bayerisch bleiben

Die **europäische Nutzfahrzeugbranche** steht vor einer **nötigen Konsolidierung**. Die Überlegungen des MAN-Hauptaktionärs VW zum Zusammenschluss von MAN und Scania sind vor diesem Hintergrund nachvollziehbar. Auch ist es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung **nicht die Aufgabe der Politik**, unternehmerische Entscheidungen zu beeinflussen.

Es geht jedoch hier um eine der **industriellen Perlen Bayerns mit Weltmarktführerschaft** in verschiedenen Bereichen und **um 17.000 Arbeitsplätze allein in Bayern**.

Schon **im Interesse der bayerischen Beschäftigten** muss die Staatsregierung deshalb die **bayerischen Standortinteressen klar artikulieren**, wie dies vermutlich auch die schwedische

Regierung für die Beschäftigten von Scania tun würde.

Wir haben deshalb die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten **dafür einzusetzen**, dass bei möglichen Veränderungen der gesellschaftsrechtlichen Strukturen und Beteiligungsverhältnisse beim DAX-Konzern MAN **die Firmenzentrale als Ort strategischer Entscheidungen und die Standorte in Bayern verbleiben**.

Dabei soll **insbesondere** darauf geachtet werden, dass **Arbeitsplätze** sowie **Forschungs- und Entwicklungsfähigkeiten und -kapazitäten** in Bayern möglichst im heutigen Umfang **erhalten bleiben**.

Bahnstrecke Passau-München

Nach der Ausschreibung und Neuvergabe des Regionalverkehrs Passau-München sollte mit dem Stundentakt und neuen Fahrzeugen eine **deutliche Verbesserung des Angebots eintreten**. Zunächst gab es große Startschwierigkeiten wegen fehlender Fahrzeuge. Aber auch nach längerer Praxis **blieben die erwarteten Leistungen aus**.

Bei den **Pendlern** gibt es **große Verärgerung**, weil das Platzangebot nicht nur in den Hauptverkehrszeiten viel zu gering ist. Es wird geklagt über mangelnde Pünktlichkeit, geschlossene Toiletten, unzureichende Gepäckablagen, zu wenig Platz für die Fahrradmit-

nahme und fehlende Zugbegleiter. Dieser Zustand bleibt **weit hinter den Erwartungen und Ankündigungen** zurück.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, **unverzüglich mit der DB-Regio Gespräche und Verhandlungen** über Verbesserungen beim Regionalverkehr Passau-München **aufzunehmen**. **Insbesondere** soll dabei darauf hingewirkt werden, dass das Sitzplatzangebot deutlich erweitert, den zahlreichen Beschwerden der Fahrgäste zum qualitativen Angebot im Einzelnen nachgegangen und nach Möglichkeit **schnellstmöglich Abhilfe** geschaffen wird.

Stärkung der Förderschulen für ein inklusives Schulsystem

Nur **wenige junge Menschen** gewinnen bereits **vor ihrer Berufsentscheidung** einen Einblick in die schulische Bildung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Entsprechend **selten kommen junge Menschen von sich aus auf dieses Berufsbild**. Die Möglichkeiten der Förderung der vertieften Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung sollten daher auch **auf das Berufsbild**

Sonderschullehrer ausgedehnt werden.

Die CSU-Fraktion hat daher die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, die **Förderung der Berufsorientierungsmaßnahme** durch die Bundesagentur für Arbeit nach § 33 SGB III **durch Bereitstellung von Drittmitteln aufgedehnt auf Förderschulen** im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel **zu ermöglichen**.

Kurzfristige Verbesserung der Flughafenanbindung durch Express-S-Bahn Light

Das **Bahnknotenkonzept** von Staatsregierung und Landtag zeigt **Perspektiven für die Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur im Großraum München** auf.

Mit Blick auf die **erfolgreiche Entwicklung des Flughafens** und die **Verkehrsprognosen bis 2020** ist es **jedoch wichtig**, auf der vorhandenen Infrastruktur bzw. mit geringfügigen Ertüchtigungen im Rahmen der Ausbaukonzeption eine **kurzfristige Angebotsverbesserung zu erreichen**.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, ihre **umfangreichen Aktivitäten** auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 14. April 2010 für die Anbindung des Flughafens München **auch auf kurzfristige Verbesserungen durch eine Flughafen Express-S-Bahn Light zu erweitern**.

Dazu soll ein **Angebotskonzept** entwickelt werden, das auf der Trasse der S 8 im Wesentlichen auf der heutigen Infrastruktur oder nach kleineren, aufwärtskompatiblen Ausbauten **zeitnah umgesetzt werden könnte**.

Eckpunkte zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern

In einem **weiteren Antrag** hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung aufgefordert, einen **Handlungsrahmen-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** zu entwickeln und dabei im Rahmen des in Artikel 4 Abs. 2 der Konvention verankerten **Realisierungs- und Haushaltsvorbehalts** folgende **zehn Eckpunkte zu beachten**:

1. Menschen mit Behinderung, der Landesbehindertenrat, Behindertenverbände sowie sonstige Organisationen und der Sozialausschuss des Bayerischen Landtags sind **an der praktischen Umsetzung zu beteiligen**.

2. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention als **politische Querschnittsaufgabe** soll von **allen Behörden und öffentlichen Stellen** des Freistaats Bayern **unterstützt** werden.

3. Die **soziale Leistungs- und Angebotsstruktur** soll überprüft und weiterentwickelt werden. Dabei sollen **besonders** die Zielsetzungen der Personenzentrierung, der Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts bei den Leistungen sowie die Berücksichtigung der vorhandenen Kompetenzen in der Behindertenarbeit ebenso beachtet werden wie das Ziel eines bundesweiten Leistungsgesetzes im Rahmen der Eingliederungshilfe.

Es soll zudem geprüft werden, ob und wie **einheitliche Anlaufstellen** zur Beratung und Leistungsgewährung **auf kommunaler Ebene** geschaffen werden können.

4. **Kommunale Teilhabe** von Menschen mit Behinderung bzw. ihren Interessenvertretungen soll **in allen öffentlichen Lebensbereichen** beachtet werden. Dabei kommt der **Unterstützung der Sozialraumplanung** und der **Beratung von Kommunen auf der Basis erprobter Modelle** (z. B. Landkreis Weilheim-Schongau) ebenso wie der verstärkten **Förderung von Projekten**, die eine verbesserte gesellschaftliche Teilhabe zum Ziel haben (z. B. Bürgerschaftliches Engagement, Vereinsleben, kulturelle Teilhabe etc.), eine besondere Bedeutung zu.

5. Das **Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz** soll daraufhin überprüft werden, wie die Ziele und Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention insbesondere im öffentlichen Raum hinsichtlich der Umsetzung der **Barrierefreiheit** und des **Zugangs zu allen Medien** realisiert werden können.

6. In der **frühen Förderung von Kindern** soll im Rahmen des **inklusiven Ansatzes** in Kindertageseinrichtungen **auch bereits vorhandene sonderpädagogische Kompetenz** berücksichtigt werden.

Die Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention sollen **auch im Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz** **baldmöglichst realisiert** werden.

7. Bei der Weiterentwicklung der **Werkstätten für Menschen mit Behinderung** muss das Ziel sein, für mehr Menschen mit Behinderung auf dem **ersten Arbeitsmarkt** eine ad-

äquale Beschäftigung zu ermöglichen. Dazu sollen in einem umfassenden Dialogprozess **neue Wege entwickelt** werden.

8. Auch bei den **Wohnbedingungen** und der **Gestaltung des Lebensumfeldes** soll das Wunsch- und Wahlrecht im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention realisiert werden. Die konsequente Verwirklichung der Barrierefreiheit sowie eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung der stationären Wohnangebote sollen dabei eine zentrale Rolle spielen.

9. Die **Angebots- und Leistungsstruktur für ältere Menschen mit Behinderung** soll dem tatsächlichen Be-

darf und der demografischen Entwicklung entsprechend aufgebaut und gestaltet werden.

Zentral soll dabei der **Ausbau der ambulanten Betreuung** sein.

10. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erfordert nicht nur öffentliches Handeln, sondern eine **gesellschaftspolitische Bewusstseinsbildung**, die Inklusion und Beteiligung von Menschen mit Behinderung am öffentlichen Leben fördert und zur Regel werden lässt.

Dazu fordern wir die Staatsregierung auf, entsprechende **mediale Konzepte mit zu entwickeln** und in allen relevanten Bereichen zu realisieren.

Bergwaldoffensive fortsetzen

Auf den **Alpenraum** wird sich der **Klimawandel in besonderem Maße** auswirken. Damit werden sich die Wuchsbedingungen der Bergwälder auf drastische Weise ändern. Gleichzeitig wird die Gefahr von Naturkatastrophen zunehmen. Damit **steigt die Bedeutung des Bergwaldes** als ein nachhaltig wirksamer Vorsorgefaktor.

Ohne aktive Maßnahmen wird er seine lebenswichtigen Schutzfunktionen nicht auf Dauer erfüllen können. Deshalb müssen wir den Bergwald **schon heute an die Wuchsbedingungen von morgen anpassen**. Hierbei kommt es insbesondere auf **Stabilität, Vitalität und die richtige Baumartenmischung** an. Diesem Umstand trägt

die Staatsregierung derzeit im Klimaprogramm 2020 Rechnung.

Für den Fall einer Fortführung des Klimaprogramms 2020 haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, sich **für eine Weiterführung der Bergwaldoffensive** und die **Bereitstellung der Restmittel der Bergwaldoffensive über den geltenden Programmzeitraum hinaus** einzusetzen.

Parallel dazu soll dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vor Beginn der Sommerpause **zur bisherigen Umsetzung** und zur **Möglichkeit einer Weiterentwicklung** der Bergwaldoffensive **berichtet** werden.

Möglichkeiten der Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickeln

Durch den **Strukturwandel des Bürgerschaftlichen Engagements** wird das klassische Ehrenamt nicht obsolet werden, es wird jedoch eine **Pluralisierung der Organisationsformen** eintreten. Das sogenannte „neue“ Ehrenamt drückt sich stärker in punktuellen, projektbezogenen und zeitlich befristeten Formen freiwilligen Engagements aus.

Um diese **Entwicklungen aufzugreifen** haben wir die Staatsregierung in **einem Antrag** aufgefordert, die bisherigen **Möglichkeiten der Anerken-**

nung Bürgerschaftlichen Engagements weiter zu entwickeln und **neue Formen freiwilligen Engagements zu berücksichtigen**.

Denn die **bisher** von der Staatsregierung ausgelobten **Ehrenamtspreise** richten sich vor allem an verdiente ehrenamtlich engagierte **Einzelpersonen**. Vor dem Hintergrund von Mobilität und Flexibilisierung erscheinen **Auszeichnungen für Bürgerinitiativen und Projekte** anstelle von Einzelpersonen jedoch **ebenfalls wichtig**.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Verantwortungsvoller Umgang mit Evaluationsdaten von Schulen

Im Rahmen der Entscheidung der Stadt Fürth über die Schließung der Pfisterschule **zitierte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Fürther Stadtrat aus Evaluationsberichten** der Schule.

Evaluationsdaten sind Daten, die im Rahmen von Schulkonzeptionen und Personalkonzepten des Kultusministeriums von Relevanz sind. Keinesfalls sind sie jedoch dafür geeignet, entsprechende Schulen in der Öffentlichkeit bloß zu stellen, wie dies in Fürth mit dem entsprechenden Nachhall in den Medien geschehen ist.

Wir haben deshalb die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, darüber **zu berichten**, welche Vorkehrungen

künftig getroffen werden, um **sicher zu stellen**, dass **Evaluationsdaten** von Schulen auch **nur den Berechtigten zugänglich** sind.

Perspektiven für Laubholz schaffen

Durch den **Klimawandel** und den **dadurch erforderlichen Waldumbau** wird sich langfristig nicht nur eine Verschiebung bei den Baumartenanteilen, sondern auch beim Holzaufkommen hin **zu höheren Anteilen an Laubholz** ergeben.

Es ist daher von zentraler Bedeutung, für das heranwachsende Laubholz auch **attraktive Vermarktungsmöglichkeiten** zur Verfügung stehen.

Die CSU-Fraktion hat daher die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefor-

dert, im Rahmen dafür vorhandener Haushaltsmittel **weiterhin Forschungsprojekte am Zentrum Wald Forst Holz (TU, FH und LWF) zu unterstützen**, die die Zielrichtung einer Verbesserung des Qualitätsmanagements in Laubholzbeständen bzw. die Erforschung neuer Anwendungen für Laubholz verfolgen.

Bericht zum Entwicklungsstand des neuen Schengener Informationssystems (SIS II)

Bei der Entwicklung des neuen Schengener Informationssystems (SIS II) bestehen **seit Jahren Probleme und Verzögerungen**. Nach der ursprünglichen Planung sollte das System bereits vor der Schengen-Erweiterung um neue Mitgliedsstaaten **im Jahr 2007** die Arbeit aufnehmen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem **weiteren An-**

trag aufgefordert, dem Landtag über den **aktuellen Entwicklungsstand** des neuen Schengener Informationssystems (SIS II) **zu berichten**.

Fischzustandsbericht

Fischarten spielen eine **zentrale Rolle im Artengefüge** einer Region. Sie sind wichtige Glieder im Nahrungsnetz. Sie sind darüber hinaus ein Indikator für den Zustand ihres Lebensraums, der Gewässer. Nicht zuletzt sind sie auch gesunde heimische Nahrungsmittel.

Wir haben daher die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, unter Federführung der Obersten Fischereibehörde im Rahmen der dafür vorhandenen Mittel einen **Fischzustandsbericht zu erstellen** und diesen **erst-mals Anfang des Jahres 2012 vorzulegen**.



Regierungserklärung
von
Staatsminister Dr. Markus Söder

Bericht zu den Ereignissen in japanischen Kernkraftwerken
und Auswirkungen auf Bayern

München, am 17.03.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit letzten Freitag hält die Welt den Atem an. Das Erdbeben und der Tsunami haben Japan verwüstet und die Welt verändert.

Die Bilder, die uns erreichen, gehen allen unter die Haut.

Das gewaltige Erdbeben und der Tsunami haben Tausende Todesopfer gefordert. Tausende werden vermisst.

Hunderttausende sind obdachlos geworden. Der Kontinent hat sich sogar um drei Meter verschoben.

Es scheint wie eine Apokalypse.

Das Leid der Menschen ist unermesslich. Es erschüttert uns.

Wir denken an die Verstorbenen und die Angehörigen und fühlen mit ihnen.

Durch die Katastrophe sind nicht nur Häuser, Brücken und Straßen zerstört.

Es sind auch erhebliche Schäden an Kernkraftwerken entstanden. Mittlerweile ist in Fukushima die gesamte Anlage außer Kontrolle.

Zwar haben sich die Kraftwerke selbst abgeschaltet. Doch der Tsunami hat die entscheidenden Notstrom- und Kühleinrichtungen förmlich weg gespült. Die Folgen sind unabsehbar.

In einem Radius von 30 Kilometern um das Kraftwerk haben die Behörden die Menschen evakuiert. Die Millionenmetropole Tokio ist von radioaktiver Strahlung bedroht.

Selbst die Außenministerien der EU-Staaten sagen, ihre Bürger sollen den Großraum Tokio verlassen.

Dort wurden temporär rund 10fach erhöhte Strahlenwerte festgestellt. Im Umkreis der Kernkraftwerke wurden Strahlenwerte gemessen, die das Millionenfache des üblichen Wertes übersteigen. Nur die bisherigen Windverhältnisse haben für das Festland Schlimmeres verhindert.

Was am Ende passiert weiß keiner. Man kann nur hoffen und beten.

Anrede,

dabei steht Japan für hochwertige und zuverlässige Technik, für gut ausgebildete und gewissenhafte Ingenieure. Die Japaner haben nach eigenen Angaben mit die beste Sicherheitstechnik der Welt.

Und doch hat sich gezeigt:

Nicht einmal dieses Land mit seiner Hochtechnologie und seinen hohen Sicherheitsstandards kann die Folgen beherrschen, die sich aus einer derart schweren Naturkatastrophe ergeben.

Das ist die entscheidende Erkenntnis. Sie bewegt uns und sie bewegt mich ganz persönlich.

Für uns in Bayern bedeuten diese Ereignisse nach menschlichem Ermessen keine Gefährdung. Fukushima ist rund 10.000 Kilometer von uns entfernt.

Nach Auskunft der Bundesregierung und des Deutschen Wetterdienstes besteht selbst bei erheblicher Freisetzung von Radioaktivität in Japan keine Gefahr für Bayern und Deutschland.

Dennoch: Wir nehmen die Sorgen der Menschen in Bayern sehr ernst.

Wir messen rund um die Uhr mit unseren 31 Messstationen Radioaktivität.

Die Ergebnisse können von allen Bürgerinnen und Bürger jederzeit im Internet eingesehen werden. Damit wird schnell und transparent informiert.

Außerdem haben wir beim Landesamt für Umwelt eine **Bürgerhotline** geschaltet, die täglich von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr erreichbar ist.

Dabei können die Bürger alle Fragen zu den Ereignissen stellen und erhalten fachkundige Auskunft. Bisher wurde die Hotline von rund 300 Anrufern genutzt.

Anrede,

Bayern ist sicher nicht Japan.

Bei uns gibt es keine derart starken Erdbeben und keine Tsunamis. Unsere Kraftwerke sind nach dem nationalen deutschen Atomgesetz und dessen Standards sicher.

- Alle bayerischen Kraftwerke erfüllen nämlich die Sicherheitsanforderungen, die auch von den Bundesumweltministern Trittin und Gabriel festgelegt wurden. Das Bundesumweltministerium hat das uns und Parlamentariern verschiedener Fraktionen im Bundestag auf unzählige Anfragen immer wieder bestätigt.
- Jedes bayerische Kernkraftwerk wird im Jahr rund 1.000mal überprüft.
- Für jeden bayerischen Standort sind **Erdbeben- und Hochwassergefährdung** individuell ermittelt und dem Sicherheitskonzept zugrunde gelegt worden.
- Anders als in Japan gibt es bis zu fünf voneinander unabhängige Notstromversorgungen. Dazu gehören beispielsweise Notstromaggregate und Batterien. Viele haben unabhängig davon einen Anschluss an ein benachbartes Wasserkraftwerk.
- Auch zur **Kühlung** der Reaktoren gibt es drei- bis vierfach vorhandene Nachkühlsysteme, die beispielsweise mit Flusswasser arbeiten.

Trotz dieser aktuell wohl weltweit höchsten Standards braucht es ein Nachdenken.

Japan verändert alles. Auch bei mir. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ein einfaches „Weiter so“ wäre absolut unangemessen.

Das Vertrauen in die Möglichkeiten der Technik und des wissenschaftlichen Fortschritts ist erschüttert.

Der Glaube, alles technisch steuern zu können, hat sich als Fehleinschätzung erwiesen.

Die Natur schreibt ihr eigenes Drehbuch.

Wir haben dieses Signal verstanden.

Wir haben Respekt vor den Sorgen der Menschen.

Wir zeigen aber nicht nur Betroffenheit. Wir wollen handeln.

Nicht aus Angst oder Hysterie, sondern besonnen und verantwortungsbewusst.

Jeder Versuch, dieses ernsthafte Bemühen aller in dieser Frage auf bloße Parteitaktik reduzieren zu wollen, verkennet den Ernst der Lage. Es geht es nicht um Landtagswahlen. In Bayern haben wir gar keine Wahlen.

Trotz der Horrorbilder machen wir es uns nicht einfach.

Wir verteufeln die Kernenergie nicht per se. Wir stülpen auch nicht alles von heute auf morgen um. Aber wir hinterfragen Standards und Zeitachsen der Energiepolitik.

Dabei sind wir fest überzeugt:

Wir brauchen eine **neue Sicherheitsphilosophie**.

- Das deutsche Atomrecht und alle Regelwerke haben sich bisher – das heißt auch unter Rot-Grün – an den Gefahren orientiert, die wahrscheinlich sind.
- In Zukunft müssen wir aber auch die Risiken und Schäden einkalkulieren, die überhaupt **möglich und denkbar** sind.

Das ist die Lehre aus Japan. Wir sind übrigens nicht die einzigen. Sogar China überprüft jetzt sein Atomprogramm.

Auf der Grundlage einer neuen Sicherheitsphilosophie setzen wir auf eine Strategie mit folgenden Schwerpunkten:

- Erstens: **Wir wollen eine Sicherheitsmaximierung** für die bestehenden Kraftwerke.
- Zweitens: **Wir wollen eine Internationalisierung** der Sicherheit.

- Drittens: **Und wir wollen einen schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien als geplant.**

Anrede,

zur Sicherheitsmaximierung: Nach jetzigen Standards sind die fünf bayerischen Kernkraftwerke sicher.

Sogar die rot-grüne Bundesregierung hat in der Ausstiegsvereinbarung von 2000 bestätigt, „dass die Kernkraftwerke und sonstigen kerntechnischen Anlagen auf einem international gesehen hohen Sicherheitsniveau betrieben werden.“

Alle bayerischen Kernkraftwerke wurden laufend **modernisiert und nachgerüstet.**

Dafür sind seit Inbetriebnahme **3,7 Mrd. Euro** investiert worden.

Auch vor Japan haben wir uns im Zuge der Laufzeitverlängerung mit den Energieversorgern auf ein Nachrüstkatolog verständigt.

Diese Maßnahmen haben ein Volumen von 1,2 Mrd. Euro.

Beispielsweise

- werden Messeinrichtungen unter anderem für Kühlwasserstände, Druck und Temperatur erweitert und
- elektro- und leittechnische Komponenten wie z. B. Pumpensteuerungen erneuert.

Aber Japan hat uns gezeigt: Sicherheit kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Daher **maximieren wir die Sicherheit** mit folgenden Maßnahmen:

- Wir ordnen Sonderinspektionen aller bayerischen Kernkraftwerke an.
- Wir werden die Einrichtungen für Notstromversorgung in jedem einzelnen Kraftwerk verstärken.

Wir werden die Kühlsysteme neu bewerten und bei Bedarf verbessern.

- Wir werden mit dem Bund neue Standards festlegen, die das kerntechnische Regelwerk betreffen. Alle weltweit verfügbaren Erkenntnisse werden dazu ausgewertet.

- Wir werden den **Schutz** vor einem möglichen **Absturz von großen Verkehrsflugzeugen** diskutieren. Vier von fünf bayerischen Kernkraftwerke haben dabei bereits den höchsten Schutz in Deutschland.
- Dabei vertrauen wir künftig **nicht nur** auf die **Luftsicherheit**. **Wir wollen auch** bautechnische Verbesserungen.
- Wir werden die Kraftwerke auf einen verbesserten **Schutz vor Terrorismus** und **Erdbebensicherheit** prüfen.

Außerdem werden wir eine **Bayerische Reaktor-Sicherheitskommission** berufen. Sie wird aus anerkannten, unabhängigen Experten bestehen. Sie soll die neue Sicherheitsphilosophie und die Sicherheitsmaximierung in Bayern fachkundig begleiten.

Damit gehen wir auf eine **neue Sicherheitsebene**.

Bei allen diesen Maßnahmen gilt: Sicherheit geht klar vor Wirtschaftlichkeit! Und wenn es etwas kostet, dann soll es so sein!

Das in diesem Zusammenhang beschlossene **Moratorium für die Laufzeitverlängerung ist richtig** und wird von der Staatsregierung unterstützt.

Wir waren in Bayern nie Kernkraftfetischisten.

Auch wir wollen aussteigen, nur später.

Denn für die Laufzeitverlängerung gab es gute Gründe.

Nach wie vor brauchen wir für den Umbau unserer Energieversorgung **Zeit**. Erneuerbare Energien sind noch nicht grundlastfähig.

Es fehlt an Speichertechnologie, Stromnetzen und Effizienz – das ist das große Versäumnis der Energiepolitik vergangener Bundesregierungen.

Japan erfordert aber auch ein anders Tempo.

Wir brauchen **grundlegende Weichenstellungen**.

Wir dürfen jetzt nicht nur reden und prüfen.

Wir müssen am Ende auch glaubwürdig handeln.

Die Bundesregierung hat entschieden: Alle Kernkraftwerke werden überprüft und die **ältesten deutschen Kraftwerke werden vorübergehend vom Netz** genommen.

Auch Isar 1 ist davon betroffen. Der Reaktor ist bereits vom Betreiber auf eine Leistung von ca. 15 Prozent heruntergefahren worden.

Jetzt wird dort genau geprüft.

Das bedeutet nicht, dass Isar 1 bisher nicht sicher war.

Wenn wir aber **neue Standards** setzen und die Risiken neu bewerten, muss dies auch für Isar 1 gelten.

Was unterscheidet Isar 1 speziell von den anderen vier Reaktoren in Bayern?

- **4 von 5 bayerischen Kernkraftwerken weisen schon heute die höchste Schutzstufe gegen Flugzeugabstürze auf.**

Die Reaktorgebäude halten dem Absturz eines großen Verkehrsflugzeugs, wie Airbus 340 oder Boeing 747 stand.

Das hat die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit sogar in der Amtszeit von Bundesumweltminister Trittin 2002 bestätigt. Im bundesweiten Vergleich steht Bayern damit überdurchschnittlich gut da.

- **Auch Isar 1 hat neben der Luftsicherheit einen soliden baulichen Grundschutz:**

Das Reaktorgebäude widersteht dem Absturz von mittelschweren Verkehrsflugzeugen. Aber eben nicht dem eines großen Verkehrsflugzeuges.

- Nun wollen wir prüfen, ob eine Nachrüstung baulicher Schutzmaßnahmen möglich ist. Nach Ansicht von Experten ist dies bei Isar 1 schwer umzusetzen.
- Für eine **endgültige Stilllegung** hat Bayern selbst keine rechtliche Handhabe. Dies geht nur durch Bundesgesetz oder eine Vereinbarung mit den Betreibern. Am Ende muss der Bund daher den rechtlichen Rahmen schaffen.

Anrede,

Sicherheit ist nicht nur eine bayerische oder deutsche Frage.

Sicherheit ist international.

Die Sicherheit der Menschen in Bayern hängt auch davon ab, wie es in Tschechien oder in Frankreich aussieht. Tschechien liegt nun einmal näher bei uns als Japan.

Es macht wenig Sinn, Isar 1 vom Netz zu nehmen, wenn gleichzeitig in Tschechien neue Blöcke gebaut werden.

Daher haben wir einen intensiven Sicherheitsdialog mit der tschechischen Regierung begonnen. Auch die Bundesregierung steht im engen Austausch mit unserem Nachbarn.

Nach Japan braucht es einheitliche Standards für alle Reaktoren in Europa, am besten auf dem hohen deutschen Niveau.

Einen ersten Schritt in die richtige Richtung ist EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Dienstag gegangen.

Er hat mit den Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten sowie Herstellern und Betreibern von Kernkraftwerken vereinbart: Europaweit soll bei den Kernkraftwerken ein **Sicherheits-Stresstest** gemacht werden.

Dabei geht es auch um die Erdbebensicherheit und die Sicherheit vor einem Terrorangriff.

Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben:

Die Kommission ist jetzt gefordert, die hohen deutschen Sicherheitsstandards und Kontrollen einheitlich in ganz Europa zu fixieren!

Bayern wird dazu bei der EU auf allen Ebenen Initiativen für europäische Kernkraftsicherheit starten.

Anrede,

Sicherheit in der Energieversorgung bedeutet aber nicht nur Sicherheit in der Kernkraft.

Sie bedeutet auch Versorgungssicherheit für die Menschen und Unternehmen.

Sie bedeutet bezahlbaren Strom für alle Einkommensschichten und für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Bayerns Stellung als Wirtschaftsstandort und Hightechland hängt eng mit einer bezahlbaren Energieversorgung zusammen.

Außerdem muss die Energieversorgung von morgen klimafreundlich und CO₂-neutral werden. Das verlangt der Klimawandel von uns.

Eine romantische Energiepolitik nach dem Motto „Der Strom kommt schon aus der Steckdose“ passt aber nicht zu einem Innovationsland wie Bayern.

Wenn heute gesagt wird, alle Kraftwerke könnten sofort abgeschaltet werden, ist dies reines Wunschdenken. Selbst Rot-Grün wollte nach ihrem Ausstiegsbeschluss die Kernenergie bis 2022 laufen lassen. Erst dann wäre das letzte Kraftwerk, Neckarwestheim 2 vom Netz gegangen.

Aber nur für den Fall, es wäre so und wir würden sofort alle Kernkraftwerke abschalten, dann bedeutet dies für Bayern:

Wir müssten auf einen Schlag rund 60 Prozent unserer Stromversorgung ersetzen. Das ginge auf die Schnelle nur durch einen **Import von Atomstrom aus anderen Ländern.** Das wäre aber wenig glaubwürdig und nachhaltig.

Anrede,

das Atomzeitalter geht zu Ende, auch in Bayern.

Bis dahin müssen wir aber unseren ursprünglichen Zeitplan zum Umbau der Energieversorgung spürbar beschleunigen.

Je schneller uns dies gelingt, desto kürzer werden die Laufzeiten sein. Dazu werden wir überlegt und intelligent handeln müssen.

In Bayern liegt der Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung schon heute bei knapp **25 Prozent**.

Das ist **weit über dem Bundesdurchschnitt** von 17 Prozent.

Diesen Anteil müssen wir **deutlich und schneller als bisher erhöhen**. Und wir müssen vor allem daran arbeiten, die erneuerbaren Energien **grundlastfähig zu machen**.

Unser Programm für die Energie der Zukunft heißt „Bayern regenerativ“:

Bis Mitte Mai wird ein Konzept erstellt, wie und in welchem Umfang der **Umstieg Bayerns auf regenerative Energien** in den nächsten 10 Jahren noch schneller erreicht werden kann.

Das bedeutet mehr **Windkraft-, mehr Biogas- und mehr Photovoltaikanlagen**. Aber mit mehr Anlagen allein ist es nicht getan.

Es geht nicht um Quantität, sondern vor allem um Qualität der regenerativen Energieträger.

Wir brauchen einen **technologischen Quantensprung**

- durch neue **Speichertechnologien** und deutlich **höhere Speicherkapazitäten**, wie Pumpspeicher;
- durch **intelligente, flexibel steuerbare Energienetze**, wie Smart Grids;
- durch ein ehrgeiziges Konzept für **Elektromobilität** mit zum Beispiel
 - einem flächendeckenden Netz von E-Tankstellen an den Autobahnen und
 - Steuersenkungen für Elektroautos als Investitionsanreize.

Das kostet Geld, aber nicht nur. **Es wird auch das Gesicht unserer bayerischen Landschaften verändern.**

Wir müssen **den Menschen ehrlich sagen, was ein grundlegender Umbau unserer Energieversorgung bedeutet.**

Um ein Kernkraftwerk wie **Isar 1** mit einer Leistung von über 800 Megawatt zu ersetzen, bräuchten wir derzeit entweder

- **über 1.000 neue Windkraftanlagen** (zum Vergleich: Wir haben derzeit insgesamt 400 in Bayern)

- oder **2.300 neue Biogasanlagen** (derzeit haben wir 2.000 Biogasanlagen in Bayern).
- oder **zusätzliche Photovoltaikanlagen** mit einer Fläche von **65 Quadratkilometern** (derzeit haben wir eine Fläche von 50 Quadratkilometern).

Zusätzlich brauchen wir **neue Stromtrassen**, um Solarstrom aus Nordafrika oder Windstrom von der Küste nach Bayern zu bringen.

Uns muss allen klar sein: Zum Nulltarif wird das nicht sein.

Wir brauchen die Akzeptanz der Menschen.

Wir können uns den Luxus nicht mehr leisten, gegen alles zu sein.

Man kann nicht aus der Kernkraft aussteigen und gleichzeitig gegen Pumpspeicherkraftwerke, Windräder und neue Stromleitungen sein.

Daher wollen wir in Bayern einen **breiten Energiedialog** beginnen; mit Forschern, Versorgern, Wirtschaft und allen Bürgern.

Anrede,

Japan ist die Zäsur. Dank unserer hohen Standards hat es in Bayern und Deutschland in Jahrzehnten keinen größeren Unfall mit der Kernkraft gegeben.

Aber Japan hat uns gezeigt, dass das Unwahrscheinliche Realität werden kann.

Darauf müssen wir reagieren. Wenn nicht jetzt, wann dann!

Es gibt unterschiedliche politische Konzepte.

Die einen fordern einen sofortigen Kernkraftausstieg und gefährden damit eine bezahlbare Stromversorgung, Wohlstand, Arbeitsplätze und den Klimaschutz.

Andere wiederum plädieren für eine unbegrenzte Nutzung der Kernenergie und ignorieren damit, was passiert ist.

Wir gehen einen dritten Weg. Dieser Weg wird nicht leicht sein.

Er wird uns allen Anstrengungen abverlangen. Er ist mutig, aber richtig. Wir könnten es uns leicht machen und einfach an alten Positionen festhalten. Für uns und für mich ist es nach Japan nicht mehr möglich.

Sich selbst zu hinterfragen ist kein Zeichen von Schwäche.

Für uns ist dieser Weg ein schwieriger. Er ist mutig und richtig.

Am Ende wird ein Bayern stehen, das **ökologisch und
ökonomisch gestärkt** ist. Gehen Sie mit uns!



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
BERNHARD SEIDENATH

MdL Bernhard Seidenath · Am Pfanderling 30b · 85778 Haimhausen

Herrn Ministerialdirektor
Dipl.-Ing. Josef Poxleitner
Leiter der Obersten Baubehörde
Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3
80539 München

Maximilianeum
81627 München
Telefon 089 / 4126-2453
Telefax 089 / 4126-1453
E-Mail: info@bernhard-seidenath.de
Internet: www.bernhard-seidenath.de

CSU-Bürgerbüro:
Apothekergasse 1
85221 Dachau
Telefon 08131 / 735520
Telefax 08131 / 668228

Privat:
Am Pfanderling 30b
85778 Haimhausen
Telefon 08133 / 994321

München/Dachau, 10. März 2011

Entwurf des 7. Ausbauplans für die Staatsstraßen in Bayern

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor Poxleitner,

mit großem Befremden haben wir politisch Verantwortliche im Landkreis Dachau vom Entwurf des 7. Ausbauplans für die Staatsstraßen in Bayern Kenntnis nehmen müssen. Obwohl bei uns die Bevölkerung weiter wächst und viele Familien, die täglich in die Landeshauptstadt München auspendeln, zu uns ziehen, obwohl in unseren Ortschaften der Verkehr also stetig und kontinuierlich zunimmt, findet sich **keine einzige** Staatsstraßen-Baumaßnahme aus dem Landkreis Dachau in Dringlichkeitsstufe 1. Damit wird in den kommenden zehn Jahren in unserem Landkreis keine einzige Staatsstraßen-Baumaßnahme verwirklicht werden können. Hier sind deshalb dringlich Nachbesserungen angezeigt.

Dies betrifft insbesondere die Einstufung des Projekts Nr. FS48Z-07 „OU östlich Dachau/Hebertshausen“, die im Entwurf in Dringlichkeit 1R eingestuft ist. Diese Maßnahme muss in Dringlichkeitsstufe 1 hochgestuft werden. In gleicher Weise bitten wir dringlich darum, die beiden im nun vorliegenden Entwurf in Dringlichkeit 2 eingestufteten Maßnahmen FS050-07 „OU nördlich Dachau“ und FS490-07 „Ausbau östlich Ampermoching“ in Dringlichkeitsstufe 1R hochzustufen. Bereits im Jahr 2001 waren sich die für den Staatsstraßenbau Verantwortlichen sowie die politische Spitze in Stadt und Landkreis Dachau einig, dass die genannten Maßnahmen höchste Dringlichkeit genießen. In einem Vermerk Ihres Hauses vom 22. Januar 2001 über eine Besprechung vom 11. Januar 2001, den Ihr Haus an sämtliche Teilnehmer der Be-

sprechung versandt hat, heißt es zur Umfahrung Dachau im Zuge der St 2063 auf Seite 2 mittig explizit: „Die Straßenbauverwaltung sagt deshalb zu, das Vorhaben – sobald es eine konkrete Planreife erlangt hat – spätestens jedoch bei der nächsten Fortschreibung in die 1. Dringlichkeit vorzuziehen.“ An diese Absprache hat sich Ihr Haus bedauerlicherweise nicht gehalten.

Korrekturen bitten wir zudem bei der Ortsumfahrung Odelzhausen sowie bei der Staatsstraßenbaumaßnahme südlich Haimhausen vorzunehmen. Beide sollen Ihrem Entwurf zufolge vollständig aus dem Ausbauplan herausfallen. Damit aber wären jegliche Planungen jäh beendet. Wir bitten Sie daher, beide Maßnahmen, die vor Ort von hoher Bedeutung sind, wenigstens in Dringlichkeitsstufe 2 weiterzuführen.

Zur Gesamtproblematik des Ausbaus der Staatsstraßen im Landkreis Dachau bitten wir Sie herzlich um ein zeitnahes Gespräch.

Gleichlautende Briefe werden auch Herr Landrat Hansjörg Christmann sowie Herr Oberbürgermeister Peter Bürgel an Sie wenden. Wir behalten uns vor, die in diesem Schreiben genannten Anliegen gegenüber einem größeren Kreis von Adressaten zu kommunizieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Gerald Lindt".